Die Neue Zeit.

Nr. 18. XVI. Jahrgang, I. Band. 1897-98.

Ein Geniestreich.

✓ Berlin, 19. Januar 1898.

Es giebt doch noch gute Menschen. Als vor acht Tagen an dieser Stelle die Besorgniß ausgesprochen wurde, daß die Gegner der Arbeiterklasse vor den Reichstagswahlen keine besonderen Dummheiten mehr riskiren würden, hatte Graf Posadowsky bereits eine staatsmännische Leistung fix und fertig, die der Regierung einigermaßen die Wahlsuppe versalzen wird. Dieser Geniestreich datirt sogar schon vom 11. Dezember vorigen Jahres und stellt somit das Weihnachtsgeschenk des Zickzackkurses an das Proletariat dar. Während in Kiel das Evangelium der gepanzerten Faust erklang, ballte Graf Posadowsky seine Bureaukratenfaust, um die letzten Reste eines wichtigen, um nicht zu sagen des wichtigsten Arbeiterrechts niederzuschlagen. Eines Rechts, das sich in einem Rechtsstaate ganz von selbst versteht, eben deshalb allerdings sich im Deutschen Reiche und im preußischen Staate noch niemals von selbst verstanden hat.

Bekanntlich hat der „Vorwärts" das staatsmännische Schriftstück ans Tageslicht gezogen: eine „vertrauliche" Anfrage, die das Reichsamt des Innern an die einzelstaatlichen Regierungen richtet, um zu erfahren, wie dem Koalitionsrecht der Arbeiterklasse am bequemsten beizukommen sei. Graf Posadowsky behauptete gestern im Reichstag, er hätte gar nichts an der Veröffentlichung seines Schreibebriefes auszusetzen, und ginge gern, mit dieser schönen Stilübung bewaffnet, in die Wahlschlacht. Sein Wort in Ehren, aber sollte er sich nicht selbst täuschen? Wir möchten es fast annehmen, da er sich über den sogenannten „Vertrauensbruch" so gereizt ausließ und so überaus naiv meinte, daß anständige und wohlerzogene Leute solche Schriftstücke, die ihnen anonym zugingen, einfach in den Papierkorb würfen. Die preußisch-deutsche Regierung, die von den Tagen des alten Fritz bis auf die Tage des Biedermanns Tausch von einer weltberühmten Diskretion in ihrem „Nachrichtendienst" gewesen ist, hat gut anderen Leuten Anstand und Moral predigen. Wenn des Grafen Posadowsky Ansicht richtig wäre, daß die Hehler dasselbe Schicksal verdienten wie die Stehler, welche erlauchte Reihe preußisch-deutscher Staatsmänner hätten dann schon am Galgen baumeln müssen! Stellt sich die preußisch-deutsche Regierung auf den Kriegsfuß mit der Arbeiterklasse, so muß sie sich auch darein finden, daß es im Kriege hergeht wie im Kriege; plant Graf Posadowsky heimliche Angriffe auf die Volksrechte, so kann er nicht ver-

langen, daß seine Opfer sich aus Gründen des Wohlanstandes schweigend abwürgen lassen. Mag er doch eine Politik treiben, die das Tageslicht nicht zu scheuen hat, und er wird keinen Grund mehr zu Beschwerden über „Indiskretionen" haben.

Auch mit der feierlichen Betheuerung, daß es sich ja noch um keinen festen Plan handle, sondern um eine harmlose Anfrage, um eine vorbereitende Handlung, die möglicher Weise gar keinen praktischen Fortgang haben werde, hätte Graf Posadowsky ruhig zu Hause bleiben können. Man müßte den preußischen Bureaukratenstil nicht kennen, um nicht auf den ersten Blick zu sehen, daß der schwere Reaktionsstreich längst fix und fertig ist und daß es nur noch darauf ankommt, ihn für die Leute, die nicht alle werden, möglichst zu beschönigen. Eben hierauf zielt das „vertrauliche" Schreiben des Grafen Posadowsky ab; die einzelstaatlichen Regierungen sollen ihm Gründe liefern, mögen sie auch so wohlfeil sein wie Brombeeren. Und wenn Graf Posadowsky hundertfach verheißt, daß er dem Koalitionsrecht nicht an den Kragen wolle, so genügt es, den Wählern zuzurufen: Denkt an die Verheißungen, die der Reichskanzler Fürst Hohenlohe in Sachen des Vereinsrechts abgegeben hat! Sie wissen dann, woran sie sind.

Historisch betrachtet, muß das Rundschreiben des Grafen Posadowsky einen äußerst betrübenden Eindruck auf Jeden machen, dem ein rechtes Patriotenherz im Busen schlägt. Im nächsten Jahre vollendet sich das dritte Jahrzehnt, seitdem das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiterklasse in der Gewerbeordnung anerkannt worden ist, und die offiziellen Vertreter der Reichsgewalt wissen noch immer nichts besseres damit anzustellen, als ihm mit den kläglichsten Polizeikünsten nachzustellen. Ob sie nun Eulenburg oder Puttkamer oder Recke oder Bötticher oder Posadowsky oder selbst auch Berlepsch heißen, sie vertreten immer dieselbe vormärzliche Polizeiwirthschaft, ohne eine blasse Ahnung von den Forderungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft; es ist, als ob an der abgestorbenen und verlebten Klasse der preußisch-deutschen Bureaukratie ein Menschenalter voll der gewaltigsten Umwälzungen spurlos vorübergegangen sei. Höchstens wenn sie in Ungnade gefallen sind, dämmert ihnen, wie eben dem Herrn v. Berlepsch, ein schwaches Bewußtsein ihrer Vorsintfluthlichkeit auf, worauf denn freilich — in diesem einen Punkte müssen wir dem Grafen Posadowsky zustimmen — auch nichts weiter ankommt. Was Graf Posadowsky jetzt vertritt, das hat Herr v. Berlepsch auch vertreten, als er am Ruder saß, und der Witz, der ihm kommt, da er die Treppe heruntergeflogen ist, macht den Kohl nicht fett.

Soweit es eine Entwicklung in der preußisch-deutschen Bureaukratie giebt, zeigt sie sich nur darin, daß dieser Klasse in ihrem eintönigen Polizeihandwerk das Bischen Pfiffigkeit abhanden kommt, das zu diesem Gewerbe noch gehört. Einen solchen Geniestreich gegen die arbeitende Klasse am Vorabend allgemeiner Wahlen „vertraulich" zu planen, und sich einzubilden, mit dieser „Vertraulichkeit" verborgen zu bleiben, das ist eine Stümperei, die dem Grafen Posadowsky ein mitleidiges Lächeln des seligen Stieber eintragen wird. Ließ sich der verzehrende Haß gegen die Arbeiterklasse denn nicht noch ein paar Monate bändigen, bis die Reichstagswahlen vorüber waren? Doch darüber zu klagen ist nicht unser Beruf, wir begrüßen im Gegentheil in dieser — sagen wir — Plumpheit des Grafen Posadowsky die Lichtseite seines Geniestreichs. Er hat eine außerordentlich einfache und klare Sachlage geschaffen; jeder Arbeiter, mag sonst sein politisches oder religiöses Glaubensbekenntniß lauten wie es will, weiß jetzt, daß es sich bei den nächsten Wahlen um seine Haut und seine Knochen handelt, daß er sich selbst den Hals abschneidet, wenn er für andere Kandidaten stimmt, als für die Kandidaten der Partei, welche die Interessen der Arbeiterklasse schlechthin vertritt.

Das gilt ganz besonders von den Arbeitern, die sich noch von den ultramontanen Demagogen ins Schlepptau nehmen lassen. Herr Lieber hat sich im Reichstage als Sprecher des Zentrums keineswegs entschieden gegen die Pläne des Grafen Posadowsky erklärt; er ist vielmehr hin- und hergetänzelt mit oberfaulen Redensarten, die hinlänglich zeigen, daß diese würdige Partei auch die einfachsten und selbstverständlichsten Arbeiterrechte zu verschachern bereit ist. Herrn Liebers Bereitwilligkeit, etwaige Auswüchse des Koalitionsrechts strafrechtlich beschneiden zu wollen, sagt in dieser Beziehung genug. Sicherlich sind Auswüchse des Koalitionsrechts möglich, wie Auswüchse jedes Rechts möglich sind, aber um diese Auswüchse zu strafen, ist das allgemeine Strafgesetzbuch da, dessen Strafbestimmungen für diesen Zweck wahrlich mehr als ausreichen. Wer das Koalitionsrecht der Arbeiter unter besondere Strafbestimmungen stellen will, bekennt damit, daß er dies Recht selbst vernichten, daß er die Arbeiterklasse unter ein Ausnahmerecht stellen, ihr das verweigern will, was alle anderen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft besitzen. So haben die deutschen Arbeiter immer das Koalitionsrecht aufgefaßt, und mit vollem Recht; sie haben immer gesagt: Wenn wir das Koalitionsrecht mißbrauchen, so straft uns nach dem Strafgesetze, aber wir verbitten uns, daß ihr uns dies Recht selbst verhunzt durch ausnahmerechtliche Einschränkungen. In solchem Tone sprachen die Berliner Arbeiter schon vor mehr als dreißig Jahren mit Herrn Gneist, als dieser liberale Führer über das Koalitionsrecht ebenso orakelte, wie heute der ultramontane Führer Lieber, und die katholischen Arbeiter würden sich selbst ein beklagenswerthes Zeugniß des Stumpfsinns ausstellen, wenn sie nicht in derselben Frakturschrift mit den Helfershelfern der kapitalistischen Ausbeutung zu sprechen wüßten, von deren gleißenden Schlagworten „für Freiheit, Wahrheit und Recht" sie allzu lange bethört worden sind.

Die freisinnigen Redner haben in den Verhandlungen des Reichstags über das Rundschreiben des Grafen Posadowsky eine richtige Stellung eingenommen, was durchaus anzuerkennen ist. Der Antrag des Herrn Pachnicke, statt das Koalitionsrecht der Arbeiter noch mehr einzuschränken, vielmehr einige der Schranken wegzuräumen, die es jetzt schon einengen, ist sehr am Platze, und die hoffentlich namentliche Abstimmung darüber wird ein guter Wegweiser für die nächsten Wahlen sein. Freilich ist es damit allein nicht gethan, sich mit dem Munde zum unverkümmerten Koalitionsrecht der Arbeiter zu bekennen. Wer es ehrlich meint, muß auch die Konsequenz ziehen, daß endlich einmal mit dem absolutistisch-feudalen polizeilichen Regiment im Deutschen Reiche reiner Tisch gemacht werden muß. Eher hören die Quälereien der arbeitenden Klassen, eher hören die Versuche, das Proletariat zu entrechten und auf die Stufe feudaler Hörigkeit herabzudrücken, doch niemals auf. Das können namentlich die Katheder-sozialisten, die Ethischen Kulturleute, die Nationalsozialen und was sonst noch den Bären waschen möchte, ohne den Pelz naß zu machen, aus dem Schreiben des Grafen Posadowsky aber- und abermals lernen.

Wir zweifeln durchaus nicht daran, daß Pfarrer Naumann in der nächsten Nummer der „Hilfe" über die Antastung des Koalitionsrechts in ebenso herzbrechende Klagen ausbrechen wird, wie er in der vorigen Nummer in ein himmelhohes Jauchzen über Kiao-Tschau ausgebrochen ist. Zum Zeichen deß, daß man ein sehr wohlwollender Mann, aber ein sehr schlechter Politiker sein kann! Kiao-Tschau und das Schreiben des Grafen Posadowsky gehören logisch zusammen; indem sich die Kapitalistenklasse anschickt, einen großen Fischzug zu thun, sucht sie die Arbeiterklasse zu knebeln, um gänzlich unbehelligt ihre Beute einsacken zu

können. Wer das Eine will, muß auch das Andere wollen; wer das Eine bekämpft, darf nicht das Andere loben. Auch alle die weisen Männer, die seit drei Jahrzehnten so unsäglich viele Jammerlieder darüber angestimmt haben, daß die deutschen Arbeiter lieber „revolutionären Utopien" nachjagen, als sich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft bessere Arbeitsbedingungen erringen, könnten sich endlich einmal durch das Schreiben des Grafen Posadowsky belehren lassen. Statt die Arbeiter mit solchen ganz hirn- und zwecklosen Predigten zu belästigen, thäten sie besser daran, mit rücksichtsloser Entschlossenheit das raffinirt-reaktionäre System zu bekämpfen, das dem Proletariat die gewerkschaftliche Organisation unmöglich macht. Dies verrottete System gründlich zu beseitigen, ist glücklicher Weise keine „revolutionäre Utopie", wohl aber ist es eine reaktionäre Utopie, so lange solch System besteht, eine starke gewerkschaftliche Organisation nach dem Muster der Trade Unions für möglich zu halten.

Das Schreiben des Grafen Posadowsky ist jenem Geiste preußisch-deutscher Regierungsweisheit entflossen, der stets das Böse will und stets das Gute schafft. Die deutsche Sozialdemokratie ist dabei groß und mächtig geworden, und auch dieser neueste Geniestreich ihrer Todfeindin wird ihr neue Schaaren werben. Hat Kiao-Tschau Tausende schwacher Spießbürger umgeworfen, so wird Graf Posadowsky Zehntausende beherzter Arbeiter, die bisher dem politischen Klassenkampf ihrer Klasse noch fern standen, auf die Beine bringen, wofür ihm pflichtschuldigst gedankt sei.

Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft.

Von Eduard Bernstein.

2. Die Zusammenbruchs-Theorie und die Kolonialpolitik.

Auf dem Londoner Internationalen Sozialistenkongreß von 1896 wurde in der Resolution über die wirthschaftlichen Aufgaben der folgende Satz angenommen:

„Die ökonomische Entwicklung ist gegenwärtig schon so weit vorgeschritten, daß eine Krisis bald eintreten kann. Der Kongreß fordert daher die Arbeiter aller Länder auf, die Leitung der Produktion zu erlernen, um als klassenbewußte Arbeiter die Leitung der Produktion zum Wohle der Gesammtheit übernehmen zu können."

Es liegt klar auf der Hand, daß die „Krisis", von der da gesprochen wird, nicht als eine gewöhnliche Geschäftskrisis gedacht wird, wie deren die moderne Gesellschaft schon öfter erlebt hat, sondern an die eigentliche, die große weltgeschichtliche Krisis, den Krach nicht so und so vieler kapitalistischer Unternehmungen, sondern der ganzen kapitalistischen Wirthschaft überhaupt. Es geht dies noch deutlicher aus dem englischen Wortlaut hervor, der wohl das Original des Satzes darbietet, während dem deutschen Text die Spuren der Uebersetzung, und zwar in Eile vorgenommener Uebersetzung, unverkennbar anhaften. In der englischen Fassung nun wird von „reißend schneller ökonomischer Entwicklung" gesprochen, die es zur „gebieterischen Nothwendigkeit" für das Proletariat mache, als „klassenbewußte Staatsbürger" das Verwaltungswesen zu studiren.[1]

---

[1] Hier der englische Text: „The economic and industrial development is going on with such rapidity that a crisis may occur within a comparatively short